

Toleranzgrenzen
innerhalb des Islam und
seine Toleranzansprüche
nach außen

Asymmetrische Grenzen der Freiheit

Johannes Thomas

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sprach am 27. Februar 2010 vor Auslandstürken in Istanbul. Nach Ansicht vieler Kommentatoren zielte diese Rede darauf ab, die im Ausland lebenden Türken zu Handlangern der Politik Ankaras und der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) zu machen. Daneben hob er aber vor allem auf die Grenzen der Meinungsfreiheit ab. Bezogen auf die in Dänemark erschienenen Mohammed-Karikaturen, meinte Erdogan, es sei absolut inakzeptabel, dass Künstler, Journalisten, Zeichner, Musiker, Wissenschaftler und sogar Politiker sich an „Verhaltensweisen, Debatten oder Veröffentlichungen“ beteiligten, die für Muslime beleidigend seien oder sein könnten, die Freiheit eines jeden höre dort auf, wo die Freiheit eines anderen tangiert sei.

In der westlichen Öffentlichkeit, der politischen wie der medialen, war man einerseits ebenfalls der Meinung, dass die Gefühle von Muslimen nicht verletzt werden dürften – es kam ja zu reichlich Entschuldigungen –, andererseits wurde aber zugleich das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit betont. Für die einen schloss das Prinzip der Meinungsfreiheit auch das Recht auf solche Karikaturen ein. Für andere fand es seine Grenze an der Beleidigung religiöser Gefühle. Nicht wenige Politiker und Medienvertreter bedauerten, dass die westliche Meinungsfreiheit solche Beleidigungen nicht zu verbieten erlaube. Für sie war die Grenze der gebotenen Toleranz mit den Karikaturen überschritten. Interessanter-

weise hat man solche Bekenntnisse dieser Leute noch nie hören können, wenn es um die Beleidigung religiöser Gefühle von Christen ging.

Die Reaktionen auf die Mohammed-Karikaturen in islamischen Ländern waren beeindruckend. Millionenfach entlud sich ein von den Imamen geschürter und durch das Einschmuggeln von gefälschten Karikaturen zusätzlich angeheizter gewalttätiger *furor italicus* in antiwestlichen Hassparolen auf den Straßen islamischer Länder. Es kam zu Verwundungen und Morden, von Morddrohungen und Mordanschlägen auf den (jüngst in Potsdam mit dem Preis für Meinungsfreiheit ausgezeichneten) dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard gar nicht zu reden. Vom türkischen Ministerpräsidenten war dazu keine Kritik zu hören. Offenbar gehörten diese Reaktionen nicht zu den Dingen, die man nicht tolerieren kann.

Die Antworten im Westen waren vor allem durch das Bemühen zu beschwichtigen bestimmt. Man musste den Eindruck gewinnen, dass die Furcht vor mörderischen Hassausbrüchen die Bereitschaft gefördert hat, anders als bei der Verletzung religiöser Gefühle von Christen jede mögliche Beleidigung von Muslimen zu tabuisieren.

Beim Thema Karikatur zeigt sich, dass nicht jeder Muslim durch die gleichen Dinge beleidigt sein muss. Während der sunnitische Islam jede bildhafte Darstellung des Propheten für inakzeptabel hält und Vertreter der Muslime in Deutsch-

land dieses Verbot für generell muslimisch erklärten, gehören bildhafte Darstellungen für die Schiiten zur eigenen, jahrhundertealten Tradition. Andere muslimische Gruppierungen haben nicht einmal die Verehrung des Propheten Mohammed für einen notwendigen Bestandteil des Islam gehalten. So meinten etwa Angehörige gnostisch beeinflusster und für mutazilitisch gehaltener Gruppierungen im Spanien des neunten Jahrhunderts, es genüge, an den einen Gott und seine Gerechtigkeit zu glauben, um ein Muslim zu sein. Der Glaube an einen Propheten Mohammed sei dazu nicht erforderlich (El-Jahid nach Ibn Hazm: *Fisal*).

Einen sunnitischen Muslim muss eine solche Einstellung unweigerlich beleidigen. Es gibt also neben der von Erdogan angesprochenen Beleidigung von Muslimen durch Vertreter des Westens auch Beleidigungen von Muslimen durch andere Muslime. Wenn man deshalb aber deren Meinung als inakzeptabel verbietet, könnten diese ihrerseits beleidigt sein. Demnach muss man sich, auch im Westen, entscheiden, auf welche muslimische Seite man sich schlägt. Eine solche Entscheidung wird in der Regel immer zugunsten der Mehrheitsmeinung, also des Mehrheitsislam, ausfallen. Damit würden dann aber alle islamischen Minderheiten ins Unrecht gesetzt. Wenn man dies vermeiden will, führt das angesichts der Vielfalt religiöser Ausprägungen unweigerlich zu einem nahezu totalen Releverbot.

Religiöse Unfreiheit in der Türkei

Gegen Erdogans Wunsch nach der Verhängung von Maulkörben für die freie Presse ist also festzuhalten, und zwar auch aus muslimischer Sicht: Nur wenn frei berichtet werden darf, ist sichergestellt, dass Medien auch in Zukunft für den Respekt vor den Überzeugungen anderer, aber auch für die Freiheit der Meinungen eintreten können.

Dass es auch in der Türkei nicht um den Schutz des Islam insgesamt geht, sondern nur um den Schutz der mit dem Islam gleichgesetzten sunnitischen Staatsreligion, zeigt sich etwa daran, dass andere muslimische Richtungen wie etwa die der Aleviten diskriminiert und unterdrückt werden. Das gilt erst recht für nicht muslimische Minderheiten, die teilweise ebenfalls nicht als Minderheit anerkannt werden.

Es wird hier darauf verzichtet, die Geschichte der christen-, juden- und yezidenfeindlichen Pogrome im zwanzigsten Jahrhundert detailliert nachzuzeichnen. Es reicht wohl, darauf hinzuweisen, dass nach 1915 und nach der Etablierung der angeblich laizistischen Republik die Zahl der armenischen Kirchen und Klöster von 2200 auf 55 geschrumpft ist. Der Anteil der Christen an der Bevölkerung der Türkei sank von fast dreißig Prozent auf heute weniger als ein Prozent. Noch immer sind selbst die anerkannten Minderheiten, nämlich die armenischen und griechisch-orthodoxen Christen und die Juden, keine juristischen Personen. Sie können als Gemeinden also immer noch keine Immobilien besitzen. Sie dürfen auch keinen Priester- beziehungsweise Rabbi-Nachwuchs ausbilden.

Die politisch praktizierte Intoleranz paart sich mit derjenigen der Imame und hat daher unmittelbar Auswirkungen auf die Einstellungen in der Bevölkerung. Laut einer Umfrage vom Herbst vergangenen Jahres wollen vier von zehn Türken keine Juden in ihrer Nachbarschaft tolerieren, drei von zehn wollen nicht neben einem Christen wohnen. Mehr als fünfzig Prozent aller Türken lehnen die Beschäftigung von Christen und Juden in der Armee, beim Geheimdienst und der Polizei ab. Über vierzig Prozent möchten sie aus den Bereichen Wissenschaft und Gesundheitssystem entfernen. Dabei handelt es sich bei den Christen, den Armeniern und Griechisch-Orthodoxen ebenso

wie bei den Juden um offiziell anerkannte Minderheiten. Sehr viel schlechter bestellt ist es um die nicht anerkannten Minderheiten.

Die Yeziden, Anhänger einer synkretistischen Religion, der früher einmal fast alle Kurden angehörten, sind zugleich mit dem Genozid an den Armeniern ermordet worden. Sie leben heute in Westeuropa und Nordamerika.

Wenn Erdogan Ernst machen wollte mit seinen allerdings seltenen Appellen an die Einwohner seines Landes, religiöse Toleranz zu praktizieren, dann hätte er in der staatlichen Religionsbehörde, die die sunnitischen Imame beschäftigt, ein brauchbares Instrument zur Verfügung, um Offenheit, Freiheit und Toleranz allmählich einen größeren Raum zu verschaffen. Inwieweit die Ankararer Theologenschule mit ihrem hermeneutischen Ansatz der Koranexegese dabei hilfreich sein kann, lässt sich derzeit noch nicht absehen.

Da auch in Deutschland die meisten Imame Angestellte der türkischen Religionsbehörde sind, wäre es im Hinblick auf die Verbesserung der Integrationsvoraussetzungen türkischer Migranten heilsam, auch deren Toleranzverständnis nachhaltig zu entwickeln. Es ist ja kein Zufall und auch mit soziologischen oder psychosozialen Erklärungsmustern nicht wegzudiskutieren, dass jugendliche Muslime umso mehr zu Gewalt neigen, je stärker sie religiös geprägt sind, während junge Christen umso weniger zu Gewalt neigen, je stärker sie religiös geprägt sind. Eine gemeinsam vom Bundesinnenministerium und dem kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen im Juni dieses Jahres vorgelegte Studie stellt ausdrücklich die Verantwortung der Islamverbände und der Imame für diese Entwicklung heraus.

Toleranz gegenüber der Intoleranz

In Deutschland werden weniger diejenigen offen kritisiert, die die Intoleranz in

der Bevölkerung fördern, nämlich Islamverbände und sunnitische Imame, als vielmehr diejenigen, die deren Intoleranz ansprechen. Man misst mit zweierlei Maß. Das ist besonders ausgeprägt und auffällig bei Vertretern einer traditionell antiwestlichen Linken. Hier kann das Engagement für den Islam eine Lücke füllen, die das Ende des Kalten Krieges hinterlassen hat. Zu dessen Blütezeit hatte man alle Vertreter des Westens als Kalte Krieger diffamiert und gegen sie die positiven Errungenschaften des realen Sozialismus verteidigt. Deshalb wurden auch die Dissidenten in den Staaten des sowjetisch beherrschten Ostens kritisiert, die ja ähnlich wie die Kalten Krieger die Entspannung zu gefährden schienen. Ganz ähnlich polemisieren heute eben diese Linken, aber auch einige eher linksliberale Blätter gegen nicht islamische Islamkritiker, sie seien islamophobe Rassisten. Jetzt streben sie offenbar danach, statt des realen Sozialismus den realen Islam zu schützen.

Dissidenten innerhalb des Islam werden behandelt wie seinerzeit die Dissidenten in den sowjetisch beherrschten Ländern. Auch sie werden des Wertefundamentalismus und, höchst bizarreweise, eines Rassismus verdächtigt, der sie dem rechtsextremen Lager zuordnen soll. Solch bodenlose Kritik richtet sich vorzugsweise gegen muslimische Frauen, die Opfer traditioneller islamischer Familien- und Gesellschaftsstrukturen geworden sind und wegen ihrer Kritik an diesen Traditionen bis heute mit Morddrohungen konfrontiert werden, ohne dass irgendein Imam eines islamischen Verbandes zu ihrer Verteidigung die Stimme erhöbe. Zu nennen sind etwa Ayaan Hirsi Ali, Seyran Ates oder Necla Kelek. Auch in sogenannten Qualitätszeitungen wie der *Tageszeitung* oder der *Süddeutschen Zeitung* werden sie wegen ihrer Forderung nach Gleichstellung von Mann und Frau in der muslimischen

Gesellschaft, wegen ihres Pochens auf Achtung der Menschenrechte und ihrer Forderung nach Trennung von Religion und Staat in die rechtsextreme Ecke gestellt und als Hasspredigerinnen abqualifiziert. Ihr Versuch, sich gegen die unmittelbare körperliche Bedrohung zur Wehr zu setzen, die ihnen in ihrer Herkunftskultur begegnet, wird auf die gleiche Stufe gehoben wie die Hasspredigten derer, die diese Kultur unverändert bestehen lassen und damit die Bedrohung des Lebens dieser Frauen aufrechterhalten wollen. Die Journalisten der *Süddeutschen Zeitung*, die solche Verwirrung des Geistes demonstrieren, haben allerdings, wie Necla Kelek selbst zu deren Entschuldigung sagte, einerseits keinerlei Ahnung vom Islam, und sie haben zugleich ein gestörtes Verhältnis zu westlichen Werten, die sie daher gern in Anführungszeichen zitieren. Auch die Aufklärung ist ihnen höchst verdächtig. Necla Kelek etwa wird wegen der ihr gegen besseres Wissen unterstellten „christlichen Islamkritik“ zugleich mit allen anderen Islamkritikern geheimnisvollen, aber jedenfalls ganz unchristlichen „Fundamentalisten der Aufklärung“ zugerechnet, ein Begriff, den übrigens auch der muslimische Mörder des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh verwendet hat.

Erklärung aus dem Koran?

Liefert der Koran Erklärungen für die tendenzielle Intoleranz des sunnitischen Islam? Diese Frage lässt sich nicht einfach mit einem „Ja“ oder „Nein“ beantworten, und zwar deshalb nicht, weil der Koran sich ebenso zur Toleranz wie zu intolerantem Verhalten bekennt.

Welche Aussagen jeweils und in welcher Interpretation zum Tragen kommen, hängt von der jeweiligen historischen Situation ab. So sehen es die orthodoxen Exegeten selbst. Wenn auch heute Bemühungen um eine historisierende Exegese des Korans durch die höchste sunnitische

Autorität, die Al-Azhar-Universität in Kairo, strengstens untersagt sind – man denke an den Fall des Nasr Hamid Abu Zaid –, so ist die exegetische Tradition im Islam seit frühester Zeit doch durch eine ausgesprochene Neigung zur Historisierung gekennzeichnet. Historisierende Erklärungen teilweise sehr unterschiedlicher Art sind so auch für die als abrogiert (also gestrichen) geltenden Verse des Korans in Anschlag gebracht worden, zum Beispiel für Vers 2, 256, der besonders gern im Kontext christlich-islamischer Dialoge als Beleg für koranbasierte islamische Toleranz zitiert wird. In einer vom saudischen Religionsministerium autorisierten Übersetzung lautet er in deutscher Sprache: „Es gibt keinen Zwang im Glauben.“ Auf Englisch heißt es, etwa in der von „*Islamicity*“ verbreiteten Übersetzung: „Let there be no compulsion in religion.“ Das meint natürlich etwas ganz anderes. Im Gegensatz zu der Feststellung, dass es keinen Zwang im Glauben gibt, weil, wie der gesamte Kontext erklärt, nur Allah selbst, nicht aber äußerer, irdischer Zwang zum rechten Glauben führen kann, beinhaltet die vom Kontext her nicht begründbare Aufforderung in der Tat das Prinzip der Toleranz in Glaubensfragen. Die heute von Saudi-Arabien autorisierte und derzeit wohl am weitesten verbreitete Koranübersetzung kennt diesen Aufforderungscharakter nicht, sondern hält fest: „There is no compulsion in religion. Verily, the Right Path has become distinct from the wrong path ... And Allâh is All-Hearer, All-Knower.“

Vers 2, 256 wurde allerdings in der frühen exegetischen Literatur durchaus im Sinne eines Toleranzgebotes verstanden. Aber eben zunächst nur in der frühen Literatur. Nach späterer sunnitischer Auffassung hatten Verse, die Offenheit und Toleranz gegenüber Andersgläubigen als möglich oder geboten darstellten, überhaupt keine Geltung mehr. Diese Position fand bis ins fünfzehnte Jahrhun-

dert zunehmend die Zustimmung der Religionsgelehrten. Zu den Gelehrten, welche damals die bis heute weithin gültige Auffassung von frühen mekkanischen Versen, die dann durch die medinensischen abrogiert worden seien, formulierten, zählt etwa der ägyptische Religionslehrer al-Suyûti (1445 bis 1505), der bis heute große Autorität besitzt. Er hatte unter Berufung auf den „Vers des Schwertes“ (9, 5) geschrieben: „Alles im Koran, das von Vergebung für die Ungläubigen, von der Freundschaft zu ihnen, von der Toleranz und Zurückhaltung ihnen gegenüber handelt, ist durch den ‚Vers des Schwertes abgeschafft (»abrogiert«)‘ worden.“ Insgesamt handelt es sich um 124 für Offenheit und Toleranz stehende Verse im Koran, die dadurch gestrichen worden sein sollen. Der die Toleranzidee durch einen Aufruf zur Intoleranz löschende Vers 9, 5 lautet: „Wenn nun die Schutzmonate abgelaufen sind, dann tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, belagert sie, lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf ...“

Toleranz und Intoleranz in der islamischen Geschichte und heute

Nach dem Zusammenbruch des Sassanidenreiches und dem Rückzug der Byzantiner, die sich mehr auf das Mittelmeer zu konzentrieren suchten, brach die Zeit der Araber an. Nach allem, was wir überhaupt wissen, dehnten sie ihren Einflussbereich zunächst mehr durch planlos wirkende Razzien als durch Eroberungszüge aus. Als fanatische Glaubenskämpfer traten sie dabei nicht in Erscheinung, jedenfalls nicht in den ersten Jahrhunderten ihrer Ausbreitung. Und so wurden sie auch nicht von den Christen gesehen. Das hängt zweifellos damit zusammen, dass sie selbst, etwa nach dem Zeugnis von Johannes Damascenus, zunächst als eine christliche Sekte wahrgenommen wurden.

Der erste sogenannte Kalif, der inschriftlich belegt ist, nämlich Maavia,

arabisch Mu’awiya (Regierungszeit 661 bis 680), der sich in keiner Inschrift als Kalif bezeichnet, schmückt die Inschrift bei den von ihm restaurierten Bädern von Gadara in Palästina mit einem großen Kreuz. Seinen Sitz nimmt er an einem bedeutenden christlichen Wallfahrtsort, dem Heiligtum Johannes des Täufers in Damaskus, wo er lauter Münzen mit Kreuzen prägen lässt. Die Johannes-Verehrung wird seine Amtszeit noch lange überdauern. Im neunten Jahrhundert schreibt ein arabischer Dichter, dass das in Damaskus aufbewahrte Haupt des Johannes immer noch vollkommen unversehrt sei. Zum Anführer der Araber lässt Maavia sich in Jerusalem ausrufen. Er reitet auf einem Esel in die Stadt und verbringt dann lange Zeit im Gebet auf Golgatha und im Garten Gethsemane. Das tut er zwar nur nach syrisch-christlichen Zeugnissen. Es gibt aber auch den Bericht eines französischen Bischofs, der auf seiner Pilgerreise nach Jerusalem in Damaskus bei Maavia freundlich aufgenommen wird und erzählt, dass dieser König seine Gerichtsurteile im Namen Jesu verkündet habe.

Der große Omayadenkalif Abd al-Malik errichtet Ende des siebten Jahrhunderts in Jerusalem den Felsendom, die erste sogenannte Moschee. Eine Inschrift im Inneren des Felsendoms enthält christologische Erklärungen, die gegen die Christologie von Nizäa und damit gegen Byzanz gerichtet sind und die sich an die christlichen Besucher dieses Doms wenden. Denn es heißt dort, an das Volk der Schrift gewandt, es solle nicht „drei“ sagen, sondern Jesus, den Messias, sehen als Sohn der Maria, in die Gott seinen Geist und sein Wort hineingegeben habe, und als seinen Gesandten.

Da ähnliche christologische Vorstellungen im syrischen Christentum verbreitet waren, konnte es zu dieser Zeit kaum zu religiös bedingten Konflikten kommen, wie sie der Koran anspricht.

Ähnliches gilt auch für das Verhältnis zu anderen christlichen Richtungen. So waren im Perserreich besonders die sogenannten Nestorianer stark vertreten. Das an der Seidenstraße im heutigen Turkmenistan gelegene Merw war Ausgangsort der nestorianischen Chinamission. In Mesopotamien dominierten ebenfalls sogenannte Nestorianer. In Syrien, Ägypten und Nordafrika wiederum herrschten monophysistische Tendenzen vor. Daneben gab es überall auch starke gnostisch oder manichäisch inspirierte Gemeinden. Der heilige Augustinus war ja bekanntlich etwa zehn Jahre ein aktives Mitglied einer manichäischen Gemeinde.

Alle diese christlichen Richtungen standen im Gegensatz zu der von Byzanz zuletzt in Chalkedon bekräftigten christlichen Orthodoxie, welche die Byzantiner auch unter Einsatz von Gewalt durchzusetzen versuchten. Den von den Byzantinern unterdrückten Christen mochten die Araber, als sie die Nachfolge von Byzanz in ihren Regionen antraten, daher eher als Befreier erscheinen. So setzten die Araber in Ägypten den koptischen Patriarchen, der sich lange vor den Byzantinern verborgen halten musste, wieder in sein Amt ein und übertrugen den Kopten auch den byzantinischen Kirchenbesitz. Ähnliches gilt auch für Nordafrika, wo etwa die Stadt Barce in Tripolitanien einen Vertrag mit den Arabern abschließt; daraufhin verlassen die Byzantiner die Stadt. Neuer Stadtherr wird ein Kopte. Und bei der sogenannten Eroberung Spaniens fällt auf, dass in der frühesten lateinischen Quelle – arabische Berichte sind später entstanden – davon die Rede ist, dass der nordafrikanische Gouverneur mit einem christlichen General nach Spanien kam. Zur Eroberung von Städten wie Saragossa heißt es, dass Gott den Sarazenen die Tore öffnete. Bei der Übernahme der alten Königsstadt Toledo hatte angeblich ein Bischof westgotischer Abstammung das Kommando. Hier ging es zwar nicht

mehr gegen die Byzantiner, aber auch hier gab es offenbar eine große Unzufriedenheit mit der bisherigen Herrschaft, welche zum mindesten Teile der Bevölkerung beziehungsweise der einflussreichsten Grundherren dazu brachte, sich eine andere Obrigkeit zu wünschen. Diese Unzufriedenheit konnte – auch – in religiösen Differenzen begründet sein (Arianer, Monophysiten, Gnostiker).

Zusätzlich gab es praktische Gründe für die rasche Akzeptanz der Eroberer durch die Eroberten. Die Araber führten keine spezifisch islamischen Steuern ein, sondern übernahmen das Steuersystem der Byzantiner ebenso wie deren Verwaltungseinteilung. Ferner benötigte man für alle Aufgaben in den neuen Gebieten ortsansässige Fachleute, in Nordafrika und Spanien also Juden und Christen. Gleichermaßen gilt für die Verhältnisse in Syrien. So diente bekanntlich der Vater des Kirchenvaters Johannes Damascenus mehreren Omayaden-Herrschern als Leiter der obersten Steuerbehörde. Und von den Fatimiden-Herrschern heißt es, dass sie bis ans Ende ihrer Herrschaftszeit, also bis etwa Mitte des zwölften Jahrhunderts, vorzugsweise nicht muslimische Beamte beschäftigten.

Auch für die wissenschaftlichen Tätigkeiten benötigte man Christen und Juden. Sie waren es, die die philosophischen und naturwissenschaftlichen Werke der Griechen ins Aramäische und dann ins Arabische übersetzten und so das Arabische überhaupt erst zu einer Wissenschaftssprache machten. Erwähnt sei hier nur die führende Rolle als Übersetzer, Arzt und Wissenschaftler, die der christliche Ostsyrer Hunain Ibn Ishaq im neunten Jahrhundert eingenommen hat.

Dass unter solchen Bedingungen gegenüber Christen eine größere Toleranz gepflegt wurde, als es die betrachteten Koranverse nahelegen, zeigt, dass koranische Vorschriften, wenn man sie in der frühen Zeit denn überhaupt kannte, je

nach Situation und politischer Opportunität eingesetzt wurden. Dafür ließen sich unendlich viele weitere Beispiele aufführen, natürlich auch solche, die Intoleranz belegen. Intoleranz richtete sich aber stets hauptsächlich gegen Anhänger jeweils konkurrierender islamischer Richtungen.

Heute freilich glaubt die Mehrheit der Vertreter islamischer Staaten nebst einer Mehrheit der Religionslehrer, dass man dank der Öl- und Gasmilliarden stark genug sei, um größere Anpassungsleistungen verweigern zu können. So wird die Menschenrechtscharta der UN offen infrage, nämlich unter den Vorbehalt der Verträglichkeit mit Scharia, gestellt. Das jedenfalls besagt die von 49 Außenministern islamischer Staaten unterzeichnete Kairoer Erklärung zu den Menschenrechten von 1990, und so heißt es auch im Abschlussbericht des internationalen Symposiums, das die islamische Weltliga (*rabita*) im Jahr 2000 in Rom durchgeführt hat.

Tradition der relativen Toleranz

Die Tradition der relativen Toleranz je nach politisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten lässt sich jedoch heute noch in der islamischen Diaspora beobachten. Man fordert zwar die Akzeptanz der Regeln des traditionellen Islam ein, gibt aber die Verpflichtung zu deren Einhaltung dann auf, wenn eine solche Akzeptanz völlig unmöglich scheint, das Beharren auf diesen Regeln widergesetzlich wäre und dem Ansehen des Islam erheblich schaden würde. So hat der Zentralrat der Muslime keine Probleme damit zu beschließen, dass die vom Koran als „Gottesrecht“ geforderten Hadd-Strafen wie Steinigung, das Abschneiden der rechten Hand oder auch das Auspeitschen für Muslime, die in Deutschland leben, „irrelevant“ sind. Wenn aber aufgrund eines solchen Beschlusses durch ein Gremium,

das über keinerlei religiöse Autorität verfügt, koranische Vorschriften als irrelevant verabschiedet werden können, dann müssten deutsche Politiker und Richter auch nicht akzeptieren, dass das gleiche Gremium andere die Integration nicht gerade fördernde Vorschriften als religiös zwingend gebietet. Offenbar könnte der Zentralrat, wenn er denn wollte, auch die häufig für Konflikte sorgenden Vorschriften zu erlaubten und unerlaubten Speisen, zur Art des Schlachtens, zum Kopftuch, zur Koedukation und so weiter für verzichtbar erklären. Denn weshalb sollen diese Vorschriften eine strengere Geltung beanspruchen als die zu den Hadd-Strafen als absolut verbindliches Gotteswort gehörenden? Eine solche weiter reichende Relativierung der Vorschriften würde zweifellos zu einem entspannteren oder toleranteren Verhältnis zwischen muslimischen und nicht muslimischen Bevölkerungsteilen beitragen.

Die Mehrheitsgesellschaft kann natürlich solche Besonderheiten auch tolerieren, ohne sich selbst zu gefährden, wenn es etwa nur um die Methode des Schlachtens von Tieren geht. Wo es aber um Integrationsverweigerung durch Missachtung geltender Regeln etwa für die Schule geht, ist Toleranz nicht geboten, jedenfalls nicht aus Respekt vor vermeintlich religiös zwingenden Regeln. Positiv sei am Ende festgehalten: Es gibt in Deutschland durchaus fromme Muslime und Musliminnen, die, wie etwa Lamya Kaddor, dafür plädieren, einen offeneren und heutigen Vorstellungen angemesseneren Islam zu entwickeln. Man sollte den nicht aus Ankara erwarten, sondern in Deutschland selbst konzipieren. Dazu gehöre es, den Koran historisierend und kontextualisierend zu verstehen. Schließlich könne man ihn heute nicht mehr so lesen wie vor 1400 Jahren.